



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 149. Ratssitzung vom 9. Juli 2025

4861. 2025/104

**Weisung vom 19.03.2025:**

**Stadtkanzlei, Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2024**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die in der Beilage aufgeführten Postulate werden abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Schlussabstimmung:

**Matthias Probst (Grüne):** *In Artikel 137 unserer Geschäftsordnung steht, dass der Stadtrat dem Parlament die Ergebnisse der Prüfung von überwiesenen Postulaten innerhalb von zwei Jahren vorlegen muss. Das macht er jeweils in Form einer Sammelweisung, wenn es nicht bereits zuvor in einer Weisung verstaubt wurde. Früher war die Sammelweisung Teil des Geschäftsberichts des Stadtrats. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat in einer ersten Runde alle Postulate, die der Stadtrat zur Abschreibung empfohlen hat, den Postulierenden zur Stellungnahme weitergereicht. Dabei ging es darum, möglichst viel Wissen zu beschaffen, weil man bei den Postulierenden einen Wissensvorsprung vermutet. Die Fraktionspräsidenten haben das im Auftrag der GPK innerhalb der Fraktionen verteilt, was grösstenteils gut funktioniert hat. Ihre Stellungnahmen hat die GPK diskutiert und in eine erste Antragsfahne einfließen lassen, die wiederum an die Fraktionen geschickt wurde. Die Rückmeldungen aus den Fraktionen haben wir nochmals diskutiert, eingebaut und eine zweite Antragsfahne zuhanden der Fraktionen erstellt. Darauf gab es erneut Rückmeldungen, die wir in die Antragsfahne eingearbeitet haben. Dann haben wir eine Schlussabstimmung durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt hat die SVP-Fraktion eine erste Rückmeldung der Postulierenden weitergeleitet, da es ihr Fraktionspräsident anscheinend zwei Monate lang verschlampt hatte, die Anträge weiterzuleiten. Es ist mir ein Rätsel, wie das passieren kann, aber es ist offenbar passiert. Andere Fraktionsmitglieder haben dann seine Arbeit erledigt. Kurz vor der Schlussabstimmung kam zudem ein Antrag aus der SP-Fraktion: Man wolle grundsätzlich kein Postulat abschreiben, wenn die Postulierenden das nicht wollten. Wieso die SP-Fraktion das nicht schon nach der ersten Fahne melden konnte, ist mir persönlich ein Rätsel. Gern hätten wir weitere Argumente in die Abwägung einfließen lassen. Nun liegen vier zusätzliche Anträge vor. Der erste ist ein Sammelantrag zu allen Postulaten, die wir einstimmig nicht abschreiben wollen. Ein Antrag behandelt eine spezielle Form*



2 / 21

von Postulaten, die sogenannten Berichtspostulate. Diese kann man nicht über den Geschäftsbericht abschreiben, es braucht eine Weisung. Dann haben wir einen Sammelantrag zum Grundsatz der SP-Fraktion, die alle Postulate aus Prinzip nicht abschreiben will. Zu diesem teilt sich die Kommission in eine Mehrheit und eine Minderheit. Zuletzt liegt ein Antrag mit einem Teil der verspätet eingetroffenen Begründungen der SVP vor, die uns nicht überzeugt haben. Auch dort gibt es eine Kommissionsmehrheit und -minderheit. Schlussendlich ergibt sich daraus aber eine Weisung, der die GPK nach Bereinigung des Dispositivs einstimmig zugestimmt hat. Ich empfehle Ihnen dasselbe. Grundsätzlich geht es hier darum, dass wir die Postulate im Auftrag des Gemeinderats verwalten. Wir schauen sie an, prüfen sie und geben der Verwaltung nach Rücksprache mit den Fraktionen eine Rückmeldung. Das Ziel ist, dass die Verwaltung am Schluss weiss, welche Postulate überhaupt noch geprüft werden sollen, welchen Aspekten in der Prüfung zu wenig Gewicht verliehen wurde und wo sie noch einmal über die Bücher muss. Weil eine erneute Prüfung Zeit braucht, wäre es wichtig, das Geschäft vor den Sommerferien abzuschliessen. Geschieht das erst im November 2025, bleibt für bestimmte Prüfungen nur noch ein Monat. Dabei kann nichts Seriöses herauskommen. Wir hoffen, dass wir dem Instrument der Postulate mit unserer Arbeit insgesamt zu einer höheren Qualität, mehr Wertschätzung und einem besseren Zusammenspiel von Parlament, Verwaltung und Stadtrat verhelfen können. Das verbessert im Endeffekt auch die Resultate.

Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Balsiger (SVP):** Es ist ein Unding, sich als Kommission in einer Demokratie gegen den Willen der Postulanten für die Abschreibung eines Postulats auszusprechen. Matthias Probst (Grüne) hat in seiner Rede zu Beginn der Sitzung heute Abend gesagt, dass man Minderheiten nicht übergehen, sondern sie respektieren solle. Er übergeht den Willen der SVP, die im Rat eine Minderheit ist, aktiv. Weil er ein angespanntes Verhältnis zu unserer Partei hat, hat er heute spekuliert, ich hätte meine Arbeit nicht richtig erledigt. Woher will er das überhaupt wissen? Als Präsident der GPK ist er in der besten Position, seinem Groll gegen die SVP freien Lauf zu lassen. Sanija Ameti (parteilos), die hauptberuflich Anti-SVP ist, sitzt auch in der Kommission und hatte zweifellos etwas mit dieser demokratiefeindlichen Sabotage zu tun. Was bildet ihr euch ein, euch über den Willen derjenigen zu erheben, die ein Postulat mit viel Mühe ausgearbeitet und eingereicht haben? Der Rückmeldungsprozess, mit dem man sich wehren kann, ist auch absichtlich aufwendig gestaltet. Die Leute, die eine Rückmeldung geben mussten, bekamen eine unübersichtliche Erklärung, wie man sich in das Tool einloggt. Selbstständig einloggen schafften sie nicht. Die ganze Affäre ist eine von Matthias Probst (Grüne) arrangierte Retourkutsche für die Mühe, die er im Parlament mit meiner Partei hatte. Mit 14 Leuten können wir uns leider schlecht gegen die rot-grüne Wand im Rat wehren.

**Karin Weyermann (Die Mitte):** Ich wehre mich gegen den Vorwurf, zu einer rot-grünen Wand zu gehören. Auch die FDP und die Die Mitte/EVP-Fraktion haben Abschreibungsanträge teilweise gegen den Willen der Postulanten gutgeheissen. Das hat für mich nichts mit Minderheitenschutz zu tun. Wir haben in der GPK schon vor zwei Jahren angekündigt, dass wir unseren Job zukünftig ernst nehmen und intensiv klären wollen, ob



ein Postulat geprüft wurde. Das ist nämlich unser Auftrag. Wir haben es ernst genommen, auch dieses Jahr. Wir haben die Begründungen der Postulanten, die gegen die Abschreibungen waren, sehr intensiv geprüft und sie der Argumentation der Stadtverwaltung gegenübergestellt. Wenn letztere uns überzeugt, dass es nichts mehr zu prüfen gibt und uns die Postulanten nicht erklären können, was sie zusätzlich geprüft haben möchten oder bloss finden, das Postulat sei nicht umgesetzt worden, schlagen wir ein Postulat gegen den Willen der Postulanten zur Abschreibung ab. Das ist das Vorgehen, auf das wir uns hier grösstenteils einigen konnten. Zwei Fraktionen im Rat sehen es anders und gewichten den Willen der Postulierenden höher. Eine Klammerbemerkung: Mit einer Überweisung geht das Postulat an den Gemeinderat über und wird damit der Hoheit der Postulierenden entzogen. Den Postulierenden die Möglichkeit zu geben, sich zur Umsetzung zu äussern, ist sinnvoll. Trotzdem ist diese Praxis Goodwill und weder Pflicht noch das einzig Richtige. Schlussendlich ist der Auftrag der GPK, eine Empfehlung zuhanden des Gemeinderats abzugeben. Das haben wir getan. Nun ist es Sache des Gemeinderats zu entscheiden, ob er der Kommission folgt oder nicht.

**Sanija Ameti (Parteilos):** Den Ausführungen von Karin Weyermann (Die Mitte) schliesse ich mich an. Ich möchte ergänzen: Bei der Anzahl Postulate der SP, die wir zur Abschreibung empfehlen, müsste die Mehrheit mindestens doppelt so laut klönen wie die Minderheit. Insofern, Samuel Balsiger (SVP), ist Gerechtigkeit wiederhergestellt.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Ich habe mich in der Kommission so verhalten, wie es immer gehandhabt wurde. Ich habe, wie es eine Fraktion nun einmal macht, den Willen der Postulanten unterstützt. Wenn diese ein Geschäft nicht abschreiben wollten, habe ich das respektiert. Darum hat diese Weisung zwei abweichende Teile und wurde nicht einstimmig überwiesen. Wie man erfährt, wie sich gewisse Mitglieder der Kommission verhalten haben sollen, ist mir ein Rätsel. Von mir weiss niemand, was die Leute der Kommission gesagt oder getan haben. Von Matthias Probst (Grüne) hätte ich eine differenzierte Ansicht sowie eine taktvollere Ausdrucksweise erwartet. Solche Vorwürfe lasse ich mir nicht gefallen. Ich zeige schon mit meiner Anwesenheit, dass ich die Sache ernst nehme – ich hätte eine andere Verpflichtung gehabt, die ich absagen musste.

**Matthias Probst (Grüne):** Ich bleibe bei der Einschätzung, dass der SVP-Präsident das verschlampt hat. Von SVP-Fraktionsmitgliedern habe ich die Rückmeldung erhalten, dass sie die Unterlagen erst vor zwei Wochen bekommen haben. Ihr habt es mir selbst gesagt. Wir haben dreimal nachgefragt, ob es weitergeleitet wurde und Samuel Balsiger (SVP) sogar angerufen. Ich kann nichts dafür, wenn er seine Arbeit nicht macht.

**Michael Schmid (FDP):** Den Vorwurf, das Vorgehen der GPK sei demokratiewidrig, muss ich in jeder Form zurückweisen. Den Postulierenden oder ihren Stellvertretungen ein Vetorecht einzuräumen, sodass ein Geschäft ewig vor sich hindümpeln kann, wäre hingegen einer Demokratie nicht würdig. Es verhält sich, wie Karin Weyermann (Die Mitte) ausgeführt hat. Ausserdem: Wenn der Stadtrat im Rahmen einer Weisung verschiedene Vorstösse zur Abschreibung beantragt, gibt es diesen Prozess, der die ursprünglichen Postulierenden einbezieht, nicht einmal. Dann liegt vielmehr eine klare



*Bringschuld vor. Die GPK hat einen Prozess etabliert. Wir wollen die Sicht derer, die das Postulat eingereicht haben, einbeziehen, im Abschreibungsantrag den Argumenten der Verwaltung gegenüberstellen und klären, ob der Vorstoss vom Stadtrat geprüft wurde. Folglich wird klar, ob eine Abschreibung zurecht getätigt werden kann oder ob der Stadtrat erneut über die Bücher muss. Das stellt ein Entgegenkommen der GPK dar, das nicht nur aus Goodwill zustande kam, sondern weil die Kommission alle Fakten und Aspekte berücksichtigen will, damit dem Plenum eine demokratische Entscheidung möglich ist. Wenn der Rat die Abschreibung beantragt, heisst das nicht, dass das Thema auf allen Seiten erledigt ist. In der Abschreibungsbegründung können durchaus neue Aspekte auftauchen, die für zukünftige Vorstösse berücksichtigt werden können. Diese müssen aber separat eingereicht werden und den demokratischen Prozess durchlaufen.*

**Florian Utz (SP):** *Im Gegensatz zu mehreren Vorrednern gebe ich mir Mühe, nicht persönlich zu werden. Ich möchte trotzdem meinem Erstaunen über das Erstaunen von Matthias Probst (Grüne) Ausdruck verleihen, dass wir nach wie vor keine Postulate gegen den Willen der Postulantinnen und Postulanten abschreiben wollen. Diese Haltung hatten wir bereits letztes Jahr, es hat sich seither nichts geändert. Von unserer Seite kam ausführliches Feedback, das unsere Haltung dazu erklärt. Das Verfahren sieht offenbar vor, dass ein Postulant oder eine Postulantin sich mehrmals bei der GPK melden muss, wenn diese die Abschreibung empfiehlt. Dann folgt eine weitere Runde, in der man Argumente darbringen muss. Das habe ich erst kürzlich erfahren. Auch Postulate der grünen Fraktion sind hier bereits durch die Maschen gefallen, etwa jenes zu einem autofreien Zähringerplatz. Dieses Postulat wurde abgeschrieben, obwohl die Postulanten gut begründete Argumente gegen die Abschreibung vorgebracht hatten. Ich glaube, wir haben das perfekte Verfahren noch nicht gefunden. Es funktioniert besser, wenn die GPK-Mitglieder einer Fraktion gut organisiert sind und sicherstellen, dass die Postulanten dranbleiben. Aber daran soll es nicht scheitern. Ich finde, dass wir das Verfahren nächstes Jahr nochmals anschauen sollten. Es gibt vielleicht bessere Möglichkeiten.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Die Reaktion von Matthias Probst (Grüne) ist entlarvend. Danke, dass Du so unprofessionell reagiert hast. Ich erkläre gern, wie es wirklich ablief. Am 4. April 2025 erhielt ich eine E-Mail mit der Bitte, die Abschreibungsanträge zu behandeln. In der Fraktionssitzung vom 9. April 2025, also fünf Tage später, war es aufgeschaltet. Wir haben übrigens etwas zu bemängeln: Der Prozess ist sehr umständlich. Wir sind Milizpolitiker. Ich sollte der Verwaltung nicht nachrennen müssen. Der Prozess sollte so gestaltet sein, dass ich mit wenigen Klicks antworten kann. Zudem sollte jedes Ratsmitglied das selber machen können. Es ist nicht meine Aufgabe, alle Rückmeldungen der Fraktion zu sammeln, sie einzutragen, nachzusehen, weshalb die Verwaltung und der Präsident das Geschäft trotzdem abschreiben wollen, erneut mit der Fraktion zu sprechen, Meinungen einzuholen, Feedback zu formulieren und das Ganze wieder an die Kommission zu tragen. Es ist doch realitätsfern, das von einem selbstständigen Mann, der in der realen Welt lebt und arbeitet, zu verlangen. Ich habe keine Lust und Energie, mich um die Bürokratie einer Stadtverwaltung mit 30 000 Angestellten zu kümmern. Wenn ihr eine Rückmeldung wollt, macht den Prozess kundenfreundlich. Wenn es möglich wäre, hätte ich mich bei diesem Staat schon lange abgemeldet und wäre zur*



5 / 21

*Konkurrenz gegangen. Wie gnädig ist die FDP, von der wir den neuen Prozess der GPK erklärt bekommen haben. Jahrzehntlang hatten wir einen anderen Prozess, an dem nichts auszusetzen war. Es gab über 20 Jahre lang ein Postulat der SVP, mit dem wir Parkhäuser privatisieren wollten. Diese Forderung unterstützen wir noch immer. Warum soll die nicht mehr richtig sein? Warum soll der grüne Kommissionspräsident, der offenbar einen persönlichen Groll gegen mich und die SVP hat, uns ausbremsen dürfen? Hört auf, euch über die Demokratie zu stellen. Respektiert die Minderheiten, zu denen wir mit 14 Ratsmitgliedern gehören. Ihr sprecht immer von Inklusion. Ich finde es sehr reif von der SP, dass sie das auch so sieht und trotz unserer Konflikte zu ihrem Prinzip steht, nichts gegen den Willen einer Minderheit durchzusetzen. Wir wollen nicht, dass andere über uns bestimmen und unsere Vorstösse gegen unseren Willen abschreiben.*

#### Änderungsanträge 1–53

Die GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate nicht abzuschreiben:

#### 2. Präsidialdepartement

Postulat GR Nr.	2019/473
Einreichende	Olivia Romanelli (AL) und Ernst Danner (EVP)
Titel	Errichtung eines Bronze-Denkmal für Katharina von Zimmern auf dem Münsterhof
Postulat GR Nr.	2021/418
Einreichende	Ivo Bieri und Angelica Eichenberger (beide SP)
Titel	Sicherstellung eines aktiven Quartierlebens mit attraktiven Dienstleistungsangeboten

#### 3. Finanzdepartement

Postulat GR Nr.	2021/275
Einreichende	Marcel Müller und Martina Zürcher (beide FDP)
Titel	Einrichtung von zwei zusätzlichen elektrifizierten Parkplätzen beim Park am Wasser zur Vermietung an einen Car-Sharing-Anbieter
Postulat GR Nr.	2020/68
Einreichende	Anjushka Früh und Vera Ziswiler (beide SP)
Titel	Unbeschränkte Kompensierung eines positiven Arbeitszeitsaldos des städtischen Personals



6 / 21

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2020/511 Anjushka Früh und Vera Ziswiler (beide SP) Überarbeitung des städtischen Personalrechts hinsichtlich der Verwendung einer Terminologie, die der Vielfalt der Geschlechter und Beziehungsformen vollumfänglich gerecht wird
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/8 Isabel Garcia (GLP) und Pärparim Avdili (FDP) Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren im Rahmen eines mehrjährigen Pilotprojekts
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/385 Marco Denoth (SP) und Andreas Kirstein (AL) Unterstützung von quartier-nahen Organisationen, die preisgünstigen Wohnraum anstreben, hinsichtlich einer Unterbreitung von konkurrenzfähigen Kaufangeboten
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/499 Patrick Hadi Huber (SP) und David Garcia Nuñez (AL) Kunstraum Walcheturm, Fortführung des Angebots in den Zeughäusern nach der Sanierung
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/405 Rahel Habegger und Nadia Huberson (beide SP) Offenlegung der Lohnbandbreite bei Stellenaus- schreibungen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/446 Selina Frey (GLP) und Flurin Capaul (FDP) Prüfung der Aktivitäten rund um die Digitalisierung hinsichtlich der Interoperabilität zwischen den verschiedenen Staatsebenen sowie konsequente Umsetzung des Open Data First-Prinzips
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2023/125 Patrik Maillard und Tanja Maag (beide AL) Angestellte in Berufen mit grosser körperlicher Belastung, Möglichkeit einer Rente im Alter von 60 Jahren mit guter finanzieller Absicherung

#### 4. Sicherheitsdepartement

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2012/166 Guido Trevisan (GLP) und Ursula Uttinger (FDP) Beschränkung der Parkzeit für Velos im Gebiet der Grossbahnhöfe in der Stadt Zürich
--	--



7 / 21

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2020/552 Marco Geissbühler und Pascal Lamprecht (beide SP) Einbezug der Sozialpartner im Detailhandel in das Bewilligungsverfahren für Sonntagsverkäufe
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/27 AL- und Grüne-Fraktionen Verstärkung der Kompetenzen im Umgang mit psychisch kranken Personen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung der Stadtpolizei
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/108 AL-Fraktion Befreiung von Strassen und Plätzen vom motorisierten Verkehr zum Gemeingebrauch der Bevölkerung an mehreren Samstagen im Jahr
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/145 Christina Schiller (AL) und Luca Maggi (Grüne) Aufhebung der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) der Stadtpolizei
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/407 Pascal Lamprecht und Severin Meier (beide SP) Städtische Wochenmärkte, Bereicherung mit sogenannten Street-Food-Ständen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/424 GLP- und SP-Fraktionen Stellenausbau bei der Stadtpolizei zur Entschärfung der angespannten Personalsituation und für die Bereiche Cyberkriminalität, Fuss- und Velopatrouillen und Autoposer
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/432 Michael Schmid (AL) Anlässe von öffentlichem Interesse ohne Gewinnabsichten, Erlass der Gebühren für die Sperrung von öffentlichen Strassenparkplätzen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/462 Samuel Balsiger und Dr. Bernhard im Oberdorf (beide SVP) Erlass der Gebühren für alle nicht gewinnorientierten Vereinigungen für die Bewilligung von Festen und Standaktionen



8 / 21

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/472 Fanny de Weck und Natascha Wey (beide SP) Polizeiwache mit einer spezifischen Beratungs- und Annahmestelle für Anzeigen zur sexualisierten Gewalt
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/679 Dr. Roland Hohmann und Markus Knauss (beide Grüne) Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs rund um das Stadion Letzigrund und das Freibad Letzigraben während Veranstaltungen und an Badetagen mit hohen Frequenzen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2023/34 Urs Riklin und Dr. Roland Hohmann (beide Grüne) Erhöhung der Sicherheit für Velofahrende bei Strassen- kreuzungen mit Lichtsignalanlagen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2023/267 Markus Knauss (Grüne) und Carla Reinhard (GLP) Verbesserung der Verkehrssituation rund um den Escher-Wyss-Platz für Schulkinder und weitere Verkehrs- teilnehmende mit rasch umsetzbaren Massnahmen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2023/465 Matthias Renggli und Severin Meier (beide SP) Eröffnung der Primarschulen Guggach und Brunnenhof, Verbesserung der Verkehrs- und Schulwegsicherheit des Verkehrsknotens Hofwiesenstrasse/Wehntalerstrasse
5. Gesundheits- und Umweltdepartement	
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/129 Dr. Roland Hohmann, Julia Hofstetter (beide Grüne) und 8 Mitunterzeichnende Wirkungsanalyse zur Eindämmung der Hitzebelastung bei vollständiger Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/323 Julia Hofstetter und Anna-Béatrice Schmaltz (beide Grüne) «Netto-Null Zürich-Charta» für Institutionen und Unterneh- men hinsichtlich eines Netto-Null-Ziels bis 2040



9 / 21

Postulat GR Nr.	2022/428
Einreichende	Tanja Maag Sturzenegger (AL) und Elisabeth Schoch (FDP)
Titel	Medizinische Qualitätskriterien der Kaderärztinnen- und Kaderärzterverordnung (KAV), Ergänzung durch griffigeres Instrument
Postulat GR Nr.	2022/461
Einreichende	Walter Anken und Samuel Balsiger (beide SVP)
Titel	Errichtung von grobmaschigen Netzen für Kletterpflanzen zwischen den Häuserreihen als Massnahme zur Hitze-minderung

#### 6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Postulat GR Nr.	2016/137
Einreichende	Marcel Tobler (SP) und Markus Hungerbühler (CVP)
Titel	Bahnhof Wiedikon, Realisierung von Abgängen von der Überführung Zweierstrasse auf die Perrons
Postulat GR Nr.	2018/461
Einreichende	SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen
Titel	Bauprojekt am Hubertus, behindertengerechte Umsetzung sowie Verbesserung der Aufenthaltsqualität
Postulat GR Nr.	2020/346
Einreichende	Olivia Romanelli und Natalie Eberle (beide AL)
Titel	Erlass eines Fahrverbots auf der Zollstrasse, ausser für Zubringer und Anwohnende
Postulat GR Nr.	2020/510
Einreichende	Florian Utz (SP) und Selina Walgis (Grüne) und 12 Mitunterzeichnende
Titel	Weiterführung der Kunststoff-Sammlung in Höngg und Schwamendingen
Postulat GR Nr.	2020/549
Einreichende	Pascal Lamprecht (SP) und Dominique Zygmunt (FDP)
Titel	Bericht betreffend Strategie für eine effiziente und kundenfreundliche City-Logistik
Postulat GR Nr.	2020/550
Einreichende	Martin Bürki (FDP) und Urs Helfenstein (SP)
Titel	Neuorganisation des Verkehrs zwischen Bellevue und Bürkliplatz beim nächsten Unterhaltszyklus



10 / 21

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/13 Severin Meier (SP) und Guy Krayenbühl (GLP) Schaffung zusätzlicher Räume mit erhöhter Aufenthalts- qualität am Limmatufer zwischen der Rathausbrücke und dem Drahtschmidlisteg
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/15 Matthias Renggli und Severin Meier (beide SP) Realisierung von Badebuchten zwischen dem Hafen Riesbach und dem Strandbad Tiefenbrunnen unter Erzielung eines ökologischen Mehrwerts
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/347 Roger Bartholdi und Walter Anken (beide SVP) Extensive Bewirtschaftung wenig genutzter Rasenflächen und Bachläufen
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/459 Carla Reinhard und Sven Sobernheim (beide GLP) Veröffentlichung der gemäss Strassengesetz (StrG) aufgelegten Projektpläne unter einer freien Lizenz
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/597 Martin Götzl und Reto Brüesch (beide SVP) Optimalere Ausnutzung der Fussballanlage Katzenbach durch eine Spielfeldbeleuchtung bis 22 Uhr
7. Hochbaudepartement	
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/187 Sebastian Vogel und Martina Zürcher (beide FDP) Grossflächige, grüne Schattendächer bei städtischen Bauprojekten
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2023/590 Reto Brüesch und Martin Götzl (beide SVP) Verkürzung der Bauphasen des Standard-Phasenplans für städtische Verwaltungsbauten
8. Departement der Industriellen Betriebe	
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2019/479 Zilla Roose und Urs Helfenstein (beide SP) Realisierung eines öffentlichen Restaurants im neuen Gebäude des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) an der Pfingstweidstrasse



11 / 21

Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2020/485 Dr. Mathias Egloff und Michael Kraft (beide SP) Entschärfung der gefährlichen Wasserwalze am Hönegger Wehr durch eine Kombination von Turbine und Abflussmanagement sowie gleichzeitiger Produktion von erneuerbarem Strom
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/79 Dr. Ann-Catherine Nabholz und Sven Sobernheim (beide GLP) Überarbeitung der Netzentwicklungsstrategie der VBZ mit besonderem Fokus auf die Verdichtungsgebiete gemäss kommunalem Richtplan
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/140 GLP-, Grüne- und SP-Fraktionen Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2034, falls die Beteiligungen an der Kraftwerke Gösgen-Däniken AG (KKG) und der AG für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) nicht verkauft werden können
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/273 Michael Kraft (SP) und Markus Kunz (Grüne) Austritt der Energie 360° AG aus dem Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG)
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/380 Andreas Kirstein (AL) Geschäftsbericht der Energie 360° AG, detaillierte Ausweisung der Unternehmenssparten mit ihren jeweiligen Anteilen an der Erfolgsrechnung sowie der Bilanz
9. Schul- und Sportdepartement	
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2021/94 Roger-Paul Speck (SP) und Matthias Probst (Grüne) Gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Areal des Schiessplatzes Probstei innerhalb der bestehenden Wohnzone W3
Postulat GR Nr. Einreichende Titel	2022/127 Judith Boppart und Barbara Wiesmann (beide SP) Programmier-Kurse für alle interessierten Schülerinnen und Schüler ab der Mittelstufe



12 / 21

Postulat GR Nr.	2022/140
Einreichende	Anjushka Früh und Lisa Diggelmann (beide SP)
Titel	Vergünstigung der Angebote des Vereins Sportaktiv für Personen mit einer Bezugsberechtigung für eine KulturLegi
Postulat GR Nr.	2022/185
Einreichende	Luca Maggi (Grüne) und Liv Mahrer (SP)
Titel	Sicherstellung sämtlicher Fussball Europacupspiele (Champions, Europa und Conference League, Women's Champions League sowie die dazugehörigen Qualifikationsrunden) mit Zürcherinnen und Zürcher Beteiligung im Letzigrund

#### 10. Sozialdepartement

Postulat GR Nr.	2023/309
Einreichende	AL-, SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen
Titel	Übernahme von Vorgaben im Rahmen der Anpassung des Leistungsauftrags an die Asyl-Organisation Zürich (AOZ)

Zustimmung: Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Roland Hurschler (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Dominique Späth (SP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Abwesend: Sofia Karakostas (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

#### Anträge 54–56

Kommissionsreferat:

**Matthias Probst (Grüne):** Hier geht es um Berichtspostulate – eine spezielle Sorte von Postulaten, die keine Prüfung, sondern einen Bericht verlangen. Dieser wird in Form einer Weisung vorgelegt. Es ist nicht möglich, ein Berichtspostulat in dieser Sammelweisung abzuschreiben, auch wenn dem Stadtrat jedes Jahr ein paar davon hineingeraten. Die GPK macht ihre Arbeit sauber und zieht auch gegen den Willen der Postulierenden ein Berichtspostulat heraus, wenn dieses noch nicht erfüllt ist. Es liegt meiner Meinung nach ein genereller Irrtum im Rat vor: Postulate gehören nicht den Postulierenden. Es handelt sich um Vorstösse, die vom gesamten Gemeinderat überwiesen wurden. Ab diesem Zeitpunkt werden sie zu Geschäften des Parlaments. Somit muss eine Parlamentsmehrheit entscheiden, ob sie mit der Abarbeitung der Vorstösse zufrieden ist.



Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Balsiger (SVP):** *Nun sind wir schon so weit, dass Sammelabschreibungen gemacht werden. Es wird alles in einen Topf geworfen und damit unmöglich, sich differenziert zu einzelnen Punkten zu äussern. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Stadtrat Vorstösse unvoreingenommen beurteilt. Nur weil er etwas geprüft hat, heisst das noch lange nicht, dass er seine Arbeit gut und richtig gemacht hat. Was man von seiner Prüfung hält, kommt auf die eigene Ideologie an. Gerade Postulate der SVP werden eher schlecht als recht geprüft. Die Antworten, die wir teilweise von der Verwaltung bekommen, gleichen eher einem Stinkefinger als einer ehrlichen Auseinandersetzung mit dem Thema. Rot-Grün hat kein Interesse daran, die SVP einzubeziehen und will nicht erkennen, dass der Verwaltungsapparat, den sie sich in den letzten 30 Jahren aufgebaut hat, ideologisch verblendet ist und nur den Linken dient. Gerade in den Parlamentsdiensten oder der GPK ist das Thema, was sich daran zeigt, dass die GPK sich hier über den Willen der Postulanten hinwegsetzen will. Ich hoffe, dass die FDP aufwacht und sich für die Rettung unserer demokratischen Spielregeln einsetzt.*

**Martina Zürcher (FDP):** *Mein Vorredner hat in seinem Votum viel durcheinandergebracht. Artikel 137 Absatz 4 der demokratisch gutgeheissenen Geschäftsordnung (GO) des Gemeinderats führt auf, dass die GPK die Abschreibungsanträge des Stadtrates prüft und dem Rat entsprechende Anträge stellt. Es kann also nicht von einer Anmassung der GPK die Rede sein. Was wir tun, steht explizit in der GO. Ein Postulat verlangt eine Prüfung und kann keine Umsetzung verlangen. Er hat auch gesagt, dass man sich aufgrund des Sammelantrags zur Abschreibung nicht zu einzelnen Vorstössen äussern könne. Er hat nun bewiesen, dass man durchaus etwas dazu sagen kann. Wir diskutieren zudem gerade über die Änderungsanträge 54–56. Darin geht es um das Nicht-Abschreiben. Ich bitte um mehr Sachlichkeit in den Diskussionen.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Laut der FDP bringe ich alles durcheinander. Danke für die Standpauke. Die FDP hat mich zudem aufgeklärt, dass die GPK prüft und dem Gemeinderat einen Antrag stellt. Das mag sein, doch sie könnte dem Gemeinderat auch beantragen, den Willen der Postulanten zu respektieren. Wenn eine Abschreibung nicht gewollt ist, könnte die GPK Nicht-Abschreibung beantragen. Das will sie offensichtlich nicht, gibt es aber nicht zu. Dabei wäre die Sache so schnell erledigt. Wenn das nicht geschieht, können wir von mir aus jährlich dieselbe Diskussion führen und die Tagliste mit erneut eingereichten abgeschriebenen Vorstössen der SVP füllen. Der Zyklus wird ewig weitergehen. Mit demokratischem Diskurs von Qualität hat das nichts zu tun.*

Änderungsanträge 54–56

Die GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate nicht abzuschreiben. Dem Gemeinderat ist innerhalb einer Frist von zwölf Monaten zu jedem Postulat der geforderte Bericht vorzulegen.



14 / 21

4. Sicherheitsdepartement

Postulat GR Nr. 2021/459  
Einreichende GLP-Fraktion  
Titel Bericht zur Ermöglichung von Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei im Frontdienst

6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Postulat GR Nr. 2022/456  
Einreichende GLP- und Grüne-Fraktion  
Titel Prioritäre Bearbeitung von Strassenprojekten in der Innenstadt mit grossen Defiziten beim Stadtklima, im Trottoirbereich und auf kritischen Veloabschnitten

8. Departement der Industriellen Betriebe

Postulat GR Nr. 2022/619  
Einreichende Dominik Waser und Martin Busekros (beide Grüne)  
Titel Externer Bericht zur tiefen Nutzungsziffer des Solarpotenzials in der Stadt, zu den Rahmenbedingungen und Prozessen sowie zu den Faktoren, die den Zubau fördern oder hemmen.

Zustimmung: Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Roland Hurschler (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Dominique Späth (SP), Karin Weyermann (Die Mitte)  
Abwesend: Sofia Karakostas (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

Anträge 57–63

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Matthias Probst (Grüne):** *Dies sind die ersten Anträge, bei denen wir uns nicht einig sind. Es geht konkret um sieben Postulate der SP, die die GPK abschreiben möchte. Kurz vor Abschluss des Geschäfts haben wir den Antrag bekommen, die Postulate nicht abzuschreiben, weil die Postulanten dies nicht wollen. Die GPK hat sich aber dazu entschieden, sie trotzdem zur Abschreibung zu empfehlen. Wir sind nicht bloss Briefträger, sondern haben als Kommission einen klaren Auftrag.*



**Rahel Habegger (SP):** Die SP-Fraktion sieht die neue Praxis, die als Reaktion auf den immer grösser werdenden Stapel zu behandelnder Postulate eingeführt wurde, seit Beginn kritisch. Unsere Meinung dazu hat sich nicht geändert. Wir stehen zu unserem Prinzip und sind solidarisch mit den Postulanten, die keine Abschreibung ihrer Postulate wünschen. Das sollte nicht über ihre Köpfe hinweg bestimmt werden.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Wie im Eingangsvotum erwähnt, stimme ich im Sinn derjenigen, die ein Postulat eingereicht haben. Ich habe konsequent dagegen gestimmt, dass man die Postulate der SP abschreibt. Aus den Papieren geht zwar hervor, dass sich die SP in der Kommission enthalten hat, doch ich hoffe, dass sie nach meinem Entgegenkommen in unserem Sinn stimmt, wenn wir eines unserer Postulate nicht abschreiben wollen. Es macht Sinn, eine gebündelte Weisung vorzulegen. Sonst müssten wir über jeden Vorstoss diskutieren und kämen vor 5 Uhr morgens nicht nach Hause.

**Florian Utz (SP):** Zwei Vorbemerkungen kann ich mir nicht verkneifen. Zum einen finde ich es schwierig, diverse Postulate in einem Sammelantrag zu behandeln. Schon das kann man diskutieren. Wenn man aber alles gemeinsam behandelt, sollte man die Rednerliste nicht schliessen, bevor sie richtig offen ist. Sanja Ameti (parteilos) hat es gut formuliert: Die SP hat eigentlich doppelt so viel Grund wie die SVP, verärgert zu sein. Die GPK empfiehlt sehr viele unserer Postulate gegen unseren Willen zur Abschreibung. Ich möchte auf zwei meiner betroffenen Postulate hinweisen. Das erste betrifft Buslinien Am Wasser und an der Breitensteinstrasse. Der Stadtrat argumentiert, man solle das Postulat abschreiben, weil das Gebiet erschlossen sei. Ein Gebiet gilt als erschlossen, wenn es innerhalb von 400 Metern Luftdistanz eine Haltestelle gibt. Nun ist es aber so, dass bei beiden Strassen die Limmat zwischen den Wohnhäusern und der Bushaltestelle liegt. Die Wohnhäuser sind nördlich der Limmat, die Haltestellen südlich der Limmat. An den meisten Stellen ist keine Brücke in unmittelbarer Nähe. Von 400 Meter kann man also nur sprechen, wenn die Leute zur Haltestelle schwimmen. Erschlossen kann man das nicht nennen. Ich habe die GPK selbstverständlich auf diesen Umstand hingewiesen. Sie hat aber offenbar erwartet, dass ich in einer zweiten Feedbackrunde schreibe, dass die Limmat in der Zwischenzeit nicht verschwunden ist. Ich bin entsetzt, dass dieses Postulat abgeschrieben wird und die Quartierbevölkerungen von Höngg und Wipkingen werden es ebenfalls sein. Ein Postulat von Matthias Probst (Grüne) und mir soll ebenfalls abgeschrieben werden. Es geht darin um die Prüfung von Veloprojekten durch vorgesetzte Stellen, wenn die Projektleitung mit dem Projekt nicht einverstanden ist oder die Empfehlungen der Velofachleute nicht umgesetzt werden. Dann sollen höherrangige Stellen entscheiden und nicht die Projektleitung. In der Begründung der Abschreibung steht, dass als Massnahme umgesetzt wurde, dass die Stellungnahme der Velofachpersonen dem Projektleiter digital zur Verfügung gestellt wird. Das war natürlich nie die Forderung des Postulats. Auch hier habe ich die GPK darauf hingewiesen, dass das Postulat nicht erfüllt ist. Wir haben keine digitale Zurverfügungstellung gefordert, sondern eine höhere Instanz, die eine inhaltliche Prüfung vornimmt und die Verantwortung für einen Entscheid zugunsten oder zulasten des Velos trägt. Es gäbe noch andere Beispiele.



**Samuel Balsiger (SVP):** Die SP hat sich dem «System Probst und Ameti» ergeben und brav Rückmeldung gemacht. Dann scheiterte es, weil man erneut Rückmeldung geben, sich wieder einloggen und wieder ein Formular ausfüllen muss. Die Sprecherin der SP hat gesagt, es sei ein monatelanges Hin und Her mit grossem Aufwand gewesen. Wir haben keine Lust, dabei mitzumachen. Früher gab es auch Abschreibungsanträge. Damals konnten wir einfach ein Formular ausfüllen, zurückschicken und die Sache war erledigt. Das System hat funktioniert. Der einzige Grund, es umzukrempeln, ist wohl, um die SVP zu schikanieren und dem eigenen Unmut Luft zu machen. Einer meiner Grundsätze ist: Ich bin zwar anderer Meinung, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass du deine Meinung aussprechen darfst. Ihr wollt uns die Freiheit nehmen, uns politisch zu äussern und einzusetzen. Das ist gegen alle Freiheits- und Inklusionsgedanken.

**Matthias Renggli (SP):** Auch Postulat GR Nr. 2021/142 betreffend flächendeckende Realisierung von qualitativen Begegnungsorten für Familien mit kleinen Kindern, sogenannte One-Stop-Shops, soll abgeschrieben werden. Der Stadtrat hat es sich aus unserer Sicht sehr einfach gemacht. Das bestehende Angebot für Familien mit kleinen Kindern hat er analysiert und offenbar Minimalkriterien definiert. Davon ausgehend hat er gefolgert, dass die Hauptziele des Postulats erfüllt seien. Im Weiteren verweist er auf Gemeinschaftszentren. Das eigentliche Anliegen, die bestehenden Angebote in Richtung One-Stop-Shops weiterzuentwickeln, wurde nicht genug geprüft. Entsprechende Empfehlungen waren im Schlussbericht zum Angebot in der frühen Kindheit in der Stadt Zürich vom 14. November 2019 zu finden. Aus unserer Sicht ist die Abschreibung verfrüht und es ist verwunderlich, dass die Mehrheit der GPK das nicht realisiert hat.

**Sven Sobernheim (GLP):** Stellen Sie sich vor, jemand, der eine Volksinitiative einreicht, bleibt ewig für die Umsetzung der Initiative zuständig. STR Karin Rykart müsste sich jedes Jahr für die Stiftung Einfach Wohnen (SEW) einsetzen. Oder wir müssten jedes Mal Alt-Gemeinderat Niklaus Scherr anrufen und fragen, wie es um das Drittelsziel steht und ob er es noch unterstützt. Die einzige Fraktion, die der GPK Hinterzimmer-Methoden vorwerfen dürfte, ist die AL, da sie darin nicht vertreten ist. Alle anderen sind in der GPK. Florian Utz (SP), wenn der Prüfauftrag des Stadtrats gezeigt hat, dass eine Buslinie nicht über den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) finanzierbar ist, könnte ja eine tolle Motion entstehen. Der Stadtrat kann den Bus für mehrere Millionen Franken aufreiben, und der Gemeinderat kann dann entscheiden, ob wir das selber finanzieren oder nicht. Wir können diese Debatte jedes Jahr führen. Das alte System war absurd: Wir haben Postulate in Weisungen diskussionlos abgeschrieben, im Geschäftsbericht aber nicht. Das jetzige System stellt eine Harmonisierung dar und ist konsequenter.

Änderungsanträge 57–63

Die Mehrheit der GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate abzuschreiben.

Die Minderheit der GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate nicht abzuschreiben.



17 / 21

4. Sicherheitsdepartement

Postulat GR Nr. 2021/327  
Einreichende Pascal Lamprecht (SP) und Natalie Eberle (AL)  
Titel Massnahmen zur Lärmreduktion der Schiessanlage Hasenrain

5. Gesundheits- und Umweltdepartement

Postulat GR Nr. 2023/263  
Einreichende SP-, Grüne- und AL-Fraktionen  
Titel Förderprogramm KlimUp, niederschwellige Förderung von zivilgesellschaftlichem Klimaschutzengagement

6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Postulat GR Nr. 2019/530  
Einreichende Florian Utz (SP) und Matthias Probst (Grüne)  
Titel Prüfung aller Projekte des Tiefbauamts durch eine interne Fachperson Veloverkehr

Postulat GR Nr. 2021/380  
Einreichende Urs Helfenstein (SP) und Ernst Danner (EVP)  
Titel Bahnhof Hardbrücke, Umgestaltung zu einem vollwertigen und attraktiven Bahnhof

8. Departement der Industriellen Betriebe

Postulat GR Nr. 2010/265  
Einreichende Florian Utz (SP) und Guido Trevisan (GLP)  
Titel Einführung einer Buslinie auf der Route Hauptbahnhof-Am Wasser-Rütihof

9. Schul- und Sportdepartement

Postulat GR Nr. 2022/471  
Einreichende AL-, Grüne- und SP-Fraktionen  
Titel Begabungs- und Begabtenförderung an den Volksschulen, Entschädigung der Mentoringpersonen, die in den Pull-Out-Programmen und Forschungszentren engagiert sind



18 / 21

## 10. Sozialdepartement

Postulat GR Nr. 2021/142  
Einreichende Judith Boppart und Matthias Renggli (beide SP)  
Titel Flächendeckende Realisierung von qualitativen Begegnungs-orten für Familien mit kleineren Kindern («One-Stop-Shops»)

Mehrheit: Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Roland Hurschler (Grüne), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)  
Minderheit: Referat: Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Dominique Späth (SP)  
Enthaltung Maleica Landolt (GLP)  
Abwesend: Sofia Karakostas (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 60 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Anträge 64–67

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Matthias Probst (Grüne):** Hier geht es um einen Teil der verspätet eingetroffenen Anträge der SVP-Fraktion, bei denen die GPK den Prüfauftrag des Stadtrats als erfüllt erachtet hat. Die Argumente dagegen, die später eintrafen, haben uns nicht überzeugt. In diesem Fall waren es auch sehr knappe Begründungen. Ein Beispiel: Ein Postulat verlangt die Beseitigung von Doppelspurigkeiten. Die Begründung ist, dass die Ausgaben der Verwaltung ungehindert wachsen. Da weiss die Verwaltung nicht, was sie prüfen soll. Ein weiteres Beispiel: Die dauerhafte Senkung der Gebühren für das Gewerbe um 15 Prozent. Begründung für die Nichtabschreibung: Die Gebühren und Abgaben in Zürich seien zu gross, es brauche eine Entlastung des Gewerbes. Damit kann die Verwaltung beim besten Willen nichts anfangen. Es braucht einen konkreten Prüfauftrag. Beim nächsten kam keine Begründung. Beim letzten haben wir diskutiert, kamen aber zum Schluss, dass die Prüfung des Stadtrats gründlich war. Hier liegen also nachträglich eingereichte Begründungen vor, die wir trotzdem ernsthaft angeschaut haben. Alle unklaren Aufträge möchten wir aber nicht weitergeben und darum gesammelt abschreiben.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Prüfen ist ein dehnbarer Begriff. Wichtig ist, dass man seriös prüft. Das heisst nicht, dass es vollständig umgesetzt sein muss, aber doch ansatzweise. Man kann darüber streiten, ob Doppelspurigkeiten in der Verwaltung behoben sind. Es besteht natürlich die Gefahr, dass ein Anliegen nach erfolgreicher Prüfung in der Schublade verschwindet. Wir sind mit der Abschreibung nicht einverstanden.



Weitere Wortmeldung:

**Samuel Balsiger (SVP):** *Unser Postulat zu Doppelspurigkeiten basiert auf einem Bericht des Stadtrats. Das Präsidialdepartement hat den Schlussbericht «Verwaltungsentwicklung Stadt Zürich, Beilage Stadtratsbeschluss 624/2022» vorgelegt. Das ist ein ausführlicher Bericht, den der Stadtrat eigens in Auftrag gegeben hat. Er identifiziert in vielen Sachbereichen Reformbedarf. Der Stadtrat schreibt selber: «Vor diesem Hintergrund führte der Stadtrat insbesondere im Rahmen seiner letzten Klausursitzungen verschiedene Workshop-Diskussionen mit externen Inputs durch. Darauf basierend wurden folgende Reformprojekte sowie zusätzlicher Reformbedarf identifiziert.» Die Doppelspurigkeiten sind alle im Bericht zu finden. Dieser wurde im Nachgang zur Abstimmung über neun oder sieben Stadträte erstellt. Wir haben diskutiert, dass neun Departemente ein Unsinn sind und nicht jeder eine eigene Dienstabteilung und Personal braucht. Die Detailarbeit, auf der das Postulat basiert, hat der Stadtrat selbst gemacht. Es wurde bloss nichts umgesetzt. Wir haben deshalb im Postulat gefordert, dass der Stadtrat seinen Bericht als Grundlage nehmen soll, um die Reformen, die er selbst identifiziert hat und anstossen wollte, durchzuführen. Die Verwaltung wächst und wächst, es gibt immer noch neun statt sieben Stadträte und die Reformmöglichkeiten im Bericht wurden nie angegangen. Da muss ich doch nicht in einer Meldung an die GPK erklären, wieso unser Postulat nicht abgeschrieben werden soll. Bei der Hitzeminderung ist es ähnlich: Wir wollten uns beteiligen und schlugen Kletterpflanzen zwischen den Häusern vor. Da kamen aus den Fraktionen kritische Stimmen. Gleichzeitig sieht man in der Stadt keine umgesetzten Hitzeminderungsmaßnahmen. Dabei klagen die Linken jeden Mittwoch, dass die Klimakrise komme und wir alle bald sterben würden. Aber wenn die SVP ein Postulat einreicht, das helfen soll, wird es unerledigt abgeschrieben. Bei der Entlastung des Gewerbes gab es auch keinen Fortschritt. Ich kenne Unternehmer, die müssen eigens Leute anstellen, um für sie die SUVA-Vorschriften und Bürokratie zu entwirren. Es ist irrsinnig, wie das Gewerbe und die Wirtschaft vom Staat belastet werden. Wir weigern uns, das Postulat zu ihrer Entlastung abzuschreiben, wenn der Stadtrat uns nicht beweisen kann, dass das Gewerbe jetzt 15 Prozent weniger Gebühren zahlt.*

Änderungsanträge 64–67

Die Mehrheit der GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate abzuschreiben.

Die Minderheit der GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate nicht abzuschreiben.

## 2. Präsidialdepartement

Postulat GR Nr.	2022/644
Einreichende	Samuel Balsiger und Johann Widmer (beide SVP)
Titel	Verwaltungsentwicklung, Beseitigung der Doppelspurigkeiten bei den Themen Wohnen, Mobilität, Klima und Energie



20 / 21

#### 4. Sicherheitsdepartement

Postulat GR Nr. 2021/476  
Einreichende SVP-Fraktion  
Titel Dauerhafte Senkung der Gebühren für das Gewerbe um 15 %

#### 6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

Postulat GR Nr. 2021/223  
Einreichende Stefan Urech (SVP) und Urs Helfenstein (SP)  
Titel Umplatzierung der Betonskulptur «No Problem Sculpture» auf dem Mobimo-Platz zugunsten einer Begrünung mit Sitzgelegenheiten

Postulat GR Nr. 2022/622  
Einreichende Michele Romagnolo und Samuel Balsiger (beide SVP)  
Titel Ausdehnung des Littering-Konzepts mit den bemalten Abfallbehältern

Mehrheit: Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Roland Hurschler (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)  
Minderheit: Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)  
Enthaltung: Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Dominique Späth (SP)  
Abwesend: Sofia Karakostas (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 14 Stimmen (bei 43 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die GPK beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Roland Hurschler (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)  
Abwesend: Michael Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 101 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die in der Beilage aufgeführten Postulate (mit Änderungen nach Gemeinderatsbeschluss vom 9. Juli 2025) werden abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. Juli 2025



21 / 21

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat